

Kriegsgebieten angesichts der Untätigkeit der Vereinten Nationen und der europäischen Staaten, das Morden und die Gewalt zu beenden“. Zugleich stellte sich der CCEE in seiner Erklärung hinter den gemeinsamen Aufruf der katholischen Bischöfe von Kroatien und Bosnien-Herzegowina, verfaßt bei einem Treffen am 26. Januar. Darin riefen die Bischöfe das Schicksal der umzingelten Orte Mittelbosniens in Erinnerung, in denen hauptsächlich Katholiken wohnten und verurteilten scharf die Behinderung humanitärer Hilfe.

Vor allem aber erhoben die kroatischen und bosnischen Bischöfe massive Vorwürfe gegen die Vereinten Nationen und die internationale Staatengemeinschaft: Für den vor drei Jahren Kroatien aufgezwungenen und nun in Bosnien-Herzegowina wütenden Krieg seien nicht nur diejenigen verantwortlich, die ihn um egoistischer Ziele willen initiiert hätten, sondern auch jene, die sich dem Verbrechen gegenüber gleichgültig verhielten oder legale Möglichkeiten nicht nutzten, ihn zu stoppen. Ein Frieden, der nicht die Unabhängigkeit und Freiheit eines jeden international anerkannten Staates, das Recht des Menschen auf Heimat und die Rechte und Freiheiten der Minderheiten in jedem Staat zur Bedingung habe und damit Ungerechtigkeit nicht richtigstelle, sondern die Ergebnisse von Gewaltanwendung anerkenne, könne kein gerechter Frieden von Dauer sein.

Mehrfach hatten sich kroatische wie bosnische Bischöfe auch grundsätzlich gegen jede Teilung Bosniens gewandt. Anlässlich eines Treffens mit dem kroatischen Staatspräsidenten *Franjo Tudjman* hatten die katholischen Bischöfe Bosniens in einer Erklärung Tudjmans Bosnien-Politik wie die der Vereinten Nationen und der Europäischen Union kritisiert: Alle Verhandlungen über die Zukunft von Bosnien-Herzegowina liefen auf eine Teilung hinaus. „Wir bedauern zutiefst, daß die Verhandler alle Appelle ignorierten und noch immer ignorieren, in denen wir Bischöfe von Bosnien-Herzegowina uns gegen eine Änderung der alten

Grenzen der Diözesen wenden und in denen wir uns gegen ein Verschwinden eines großen Teiles des kroatischen Volkes und der katholischen Kirche aus diesem Territorium wehren“. (Kathpress vom 19.1.94).

Einen dramatischen Appell an die internationale Gemeinschaft, endlich der Gewalt ein Ende und einem gerechten Frieden den Weg zu bereiten, hatten auch die kroatischen und bosnischen Bischöfe veröffentlicht, die an der Bischofsweihe von *Pero Sudar*, einem neuen Weihbischof für Sarajevo, am 6. Januar in der eingekesselten Stadt teilgenommen hatten.

Unterdessen hat sich, wie die Nachrichtenagentur Kathpress aus gut unterrichteten Kreisen erfuhr, die „beratende Konferenz“ des serbisch-orthodoxen Episkopates bei einer Sitzung

Mitte Februar gegen ein Treffen des serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle mit dem Papst ausgesprochen. Pavle hatte mehrfach sein Interesse an einem solchen Treffen bekundet, die Entscheidung darüber jedoch bewußt der Bischofskonferenz anheimgestellt. Auch Johannes Paul II. hatte, Anfang Februar durch den Belgrader Erzbischof erneut bestätigt, den Wunsch geäußert, noch vor Zagreb und Sarajevo Belgrad zu besuchen. Starke Widerstände gegen das Treffen zwischen Pavle und dem Papst von Seiten des Episkopates waren erwartet worden. Überdies sprachen kirchliche Quellen auch davon, der serbische Präsident *Slobodan Milošević* habe Pavle schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß er einen Papst-Besuch in Restjugoslawien für „nicht angemessen halte“. A. F.

ÖRK: Auf der Suche nach einer neuen Vision

In vier Jahren kann der Ökumenische Rat der Kirchen sein fünfzigjähriges Jubiläum begehen. Bei der Tagung des Zentralausschusses in Südafrika wurden jetzt Weichen für die Arbeit des Rates im Blick auf 1998 gestellt; das Bemühen um ein neues Profil ist noch in vollem Gang.

Zu seiner ersten Tagung in der Amtszeit des neuen Generalsekretärs *Konrad Raiser* kam der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 20. bis 28. Januar in der Nähe von Johannesburg zusammen. Im Sommer 1992 hatte der Zentralausschuß den deutschen Theologieprofessor und früheren ÖRK-Mitarbeiter Raiser zum Nachfolger von *Emilio Castro* gewählt (vgl. HK, Oktober 1992, 480ff.). Anfang 1993 trat der neue Generalsekretär des ÖRK sein Amt in der Genfer Zentrale an der Route de Ferney an. Im Rückblick auf die Amtszeit von Emilio Castro schrieb *Günter Gaßmann* (Ökumenische Rundschau, Heft 1/1993, S. 2): „Organisation, Management, energisches und beharrliches Verfolgen und Verwirklichen von

Konzeptionen gehören nicht zu seinen Stärken. Hier hinterläßt er seinem Nachfolger ein schlingerndes ökumenisches Schiff, das zudem noch von sehr allgemeinen ökumenischen Turbulenzen umgeben ist.“

Mit der Entscheidung für Konrad Raiser verband sich vielfach die Hoffnung, der erfahrene Ökumene- und ÖRK-Profi werde es am ehesten schaffen, das schlingernde Schiff wieder auf einen ruhigeren Kurs zu bringen. Zumindest in Ansätzen scheint das gelungen zu sein: Raiser wird attestiert, er habe den (in den letzten Jahren aus Kostengründen verkleinerten) Genfer Stab gut im Griff und bemühe sich um einen integrativen Führungsstil. Das Gesprächs- und Diskussionsklima habe sich verglichen mit früheren Jahren

im Zentralaussschuß wie im Exekutiv-ausschuß verbessert.

In seinem Bericht vor dem Zentralaussschuß erinnerte Raiser an einen Auftrag, den der Ausschuß 1989 schon formulierte: Es soll über das „gemeinsame Verständnis und die gemeinsame Vision des ÖRK“ nachgedacht werden. Im Vorfeld der achten Vollversammlung des Rates im Jubiläumsjahr 1998 (Der ÖRK wurde 1948 gegründet) werde es eine der Hauptaufgaben sein, „die ökumenische Vision neu zu artikulieren und darüber nachzudenken, wie der ÖRK diese Vision künftig am besten fördern kann“. Raiser an anderer Stelle in seinem Bericht: Es müsse versucht werden, die programmatische Arbeit des Rates als ganze zu sehen, das gemeinsame Profil zu entdecken, das sich hinter allen diesen Aktivitäten abzeichne und es in kohärenter Form zum Ausdruck zu bringen.

Die ökumenische Vision neu artikulieren

Der Ort für die nächste Vollversammlung des ÖRK steht jetzt fest. Mit deutlicher Mehrheit entschied sich der Zentralaussschuß für Harare, die Hauptstadt von Zimbabwe, und gegen Amsterdam, wo 1948 die erste Vollversammlung des Rates stattfand. Klar ist auch schon, daß die Thematik der Vollversammlung von 1998 aus Anlaß des fünfzigjährigen ÖRK-Jubiläums um das biblische Motiv vom „Jubiläum“ kreisen soll, von dem im Buch Levitikus die Rede ist: „Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr“ (Lev 25, 10). Der Zentralaussschuß konnte sich allerdings noch nicht auf eine konkrete Themenformulierung für die nächste Vollversammlung einigen.

Im Blick auf das Stichwort „Jubiläum“ meinte der Vorsitzende des Zentralaussschusses, der armenische Erzbischof *Aram Keshishian*, in seinem Bericht vor dem Gremium, mit einem solchen Thema könnte die nächste

Vollversammlung „eine Gelegenheit sein, unser Leben als Kirchen neu in die Hände Gottes zu legen, und sie könnte die Kirchen veranlassen, sich die ökumenische Bewegung neu anzueignen“. Konrad Raiser hatte bei der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Santiago de Compostela im August letzten Jahres (vgl. HK, September 1993, 473ff.) vorgeschlagen, im „ökumenischen Erlaßjahr“ 1998 sollten die Kirchen durch ihre bevollmächtigten Vertreter bekräftigen, „daß sie in einer wirklichen, in der einen Taufe und im gemeinsamen Christusbekenntnis begründeten ekklesialen Gemeinschaft miteinander verbunden sind“.

Ob es gelingt, die ÖRK-Vollversammlung von 1998 in einem oder anderen Sinn zu einem Markstein in der ökumenischen Bewegung und der Entwicklung des ÖRK zu machen, hängt von vielerlei Faktoren ab. Nicht zuletzt davon, ob es dem Genfer Stab mit seinen vier Programmeinheiten („Einheit und Erneuerung“, „Leben, Bildung und Mission“, „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ und „Teilen und Dienst“) in den nächsten Jahren gelingt, solide und in bzw. zwischen den Mitgliedskirchen konsensfähige Projekte zu realisieren. Bei der Zentralaussschußtagung in Johannesburg wurden jetzt diverse Projekte abgesegnet oder angestoßen, die für das künftige Profil des ÖRK von einiger Bedeutung sein könnten.

So soll Einheit III ihre Arbeit auf ein Studienprogramm zum Thema „Theologie des Lebens: Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ konzentrieren, um so in Weiterführung der Arbeit im „konziliaren Prozeß“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einen Beitrag zur Bereicherung und Erneuerung einer ökumenischen Sozialethik zu leisten. Im Zusammenhang mit der UN-Bevölkerungskonferenz im September dieses Jahres in Kairo soll eine Studie zum *Bevölkerungsproblem* erarbeitet werden. In Einheit II wird es in nächster Zeit vor allem um das Verhältnis von *Evangelium und Kultur* gehen. Daß hier erheb-

licher Klärungsbedarf im ÖRK besteht, zeigte sich nicht zuletzt an der heftigen Diskussion bei der letzten Vollversammlung in Canberra über den Beitrag der koreanischen Theologin *Chunh Hyun-Kyung*, den ein Teil der Delegierten als synkretistisch kritisierte (vgl. HK, April 1991, 181). Das Thema Evangelium und Kultur wird auch im Mittelpunkt der nächsten Weltmissionskonferenz stehen, die für Ende 1996 geplant ist.

Ein „Programm zur Überwindung der Gewalt“

Einheit I wird sich in Aufnahme und Fortsetzung der Ergebnisse der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Santiago de Compostela mit dem Verständnis von Kirche als *Koinonia* befassen. Allerdings ist auf der Weltkonferenz im vergangenen Jahr deutlich geworden, daß die Orientierung am Schlüsselbegriff *Koinonia* kein Zauberschlüssel für eine ökumenische Ekklesiologie sein kann. Die Frage, unter welchen Bedingungen Gemeinschaft unter den Konfessionskirchen möglich wird und welche Dimensionen von kirchlicher Gemeinschaft die vorrangigen und entscheidenden sind, bleibt zwischen den Kirchen und innerhalb der ökumenischen Bewegung strittig. Zum Nachfolger des deutschen Lutheraners Günter Gaßmann als Direktor der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ernannte der Zentralaussschuß den reformierten Schotten *Alan Falconer*, dem ein guter Ruf als Theologe und Ökumeniker vorausgeht.

Unmittelbar aus der Tagung des Zentralaussschusses in Johannesburg entstand das Projekt eines „Programms zur Überwindung der Gewalt“. Einen entsprechenden Anstoß formulierte der südafrikanische Methodistenbischof *Stanley Mogoba* im Eröffnungsgottesdienst; der Ausschuß machte sich das Anliegen zu eigen: Im einschlägigen Beschluß heißt es, es sei notwendig, Geist, Logik und Praxis des

Kriege zu überwinden; für die Kirchen sei es an der Zeit, auf jede theologische und sonstige Rechtfertigung des Einsatzes militärischer Macht zu verzichten und zu einer Gemeinschaft zu werden, die sich dem Streben nach einem gerechten Frieden verpflichtet wisse.

Das neue „Programm zur Überwindung der Gewalt“ spielt in seiner Formulierung auf das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ an, das der ÖRK 1969 ins Leben rief. Daß im Rahmen dieses Programms auch Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika unterstützt wurden, die ihre Sache mit gewaltsamen Mitteln verfochten, führte zu einer tiefen Krise im Verhältnis des ÖRK zu einem Teil seiner Mitgliedskirchen. Die *Absage an die Apartheid* war darüber hinaus über Jahrzehnte hinweg ein Cantus firmus im politischen Engagement des Ökumenischen Rates der Kirchen. Jetzt bot die Zentralaussschußtagung in Südafrika Gelegenheit, die Verdienste des ÖRK und seiner südafrikanischen Mitgliedskirchen um die Überwindung des Apartheidsystems zu feiern und gleichzeitig den Blick auf die aktuelle politische Situation im Land wenige Monate vor den ersten Wahlen ohne Rassenbeschränkungen zu richten.

Vor orthodoxem Druck zurückgewichen

Konrad Raiser sprach in seinem Bericht von den „gewaltigen Herausforderungen, vor denen die Kirchen und Menschen in Südafrika noch immer stehen“. Angesichts der besonderen Verhältnisse in Südafrika und der jüngsten Erfahrungen in anderen afrikanischen Ländern bräuchten die Kirchen und ökumenischen Einrichtungen in Südafrika jede Unterstützung, „um eine klare und unabhängige Position im Namen des Volkes und zugunsten sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Grundrechte aufrechtzuerhalten“. Der Zentralaussschuß verabschiedete eine *Erklärung zur Lage in Südafrika*, in der alle Kirchen des Landes dazu aufgerufen werden, sich „un-

eingeschränkt mitverantwortlich zu fühlen für den Frieden, die Versöhnung, die Einheit und den Wiederaufbau der südafrikanischen Gesellschaft“.

Neben Südafrika und Afrika insgesamt (der Zentralaussschuß billigte ein Papier über „Gegenwärtige Herausforderungen für Afrika“ zur Weiterleitung an die Mitgliedskirchen) galt die Aufmerksamkeit des Zentralaussschusses auch dem *Krieg im ehemaligen Jugoslawien*. Die „Botschaft an die Kirchen im ehemaligen Jugoslawien“ lieferte einen weiteren Beleg für die problematische Rolle der *orthodoxen Mitgliedskirchen* bei politischen Stellungnahmen des ÖRK: Der Text beklagt u. a. die UN-Sanktionen gegenüber Rest-Jugoslawien, die unter der Zivilbevölkerung großes Leid hervorgerufen hätten. Der serbische Patriarch Pavle hatte den Zentralaussschuß in einem Brief aufgefordert, sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen sein Land einzusetzen; verschiedene orthodoxe Zentralaussschußmitglieder unterstützten in Johannesburg dieses Anliegen. Wieder einmal ließ sich der ÖRK von den als geschlossener Block

auf tretenden orthodoxen Vertretern unter Druck setzen und gefährdete damit seine Glaubwürdigkeit.

Erstmals seit Jahren stand auch das *Verhältnis der katholischen Kirche zum ÖRK* wieder einmal ausführlicher auf der Tagesordnung des Zentralaussschusses. Viel Neues war und ist zu diesem Thema allerdings nicht zu sagen: Die katholische Kirche ist zwar Vollmitglied in zahlreichen nationalen bzw. regionalen Kirchenräten (über die Erfahrungen mit dem Rat der Kirchen für Großbritannien und Irland wurde in Johannesburg berichtet); auf einen Beitritt zum ÖRK auf Weltebene besteht aber nach wie vor keine Aussicht. Es bleibt bei der katholischen Mitgliedschaft in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und der Zusammenarbeit mit dem ÖRK in der *Gemeinsamen Arbeitsgruppe*, die im Juni dieses Jahres zu ihrer nächsten Tagung zusammentritt. Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich derzeit u. a. mit einer Studie über umstrittene ethische Fragen bzw. ihrem Gewicht bei den Bemühungen um mehr Gemeinschaft zwischen den Kirchen. U.R.

Frankreich: Stellungnahme zu Fragen der Bioethik

Nach der Instruktion „Donum vitae“ der römischen Glaubenskongregation aus dem Jahre 1987 schien in Fragen der Bioethik auf katholischer Seite eine gewisse unfreiwillige Stille eingetreten zu sein. Eine Gruppe französischer Katholiken unternahm jetzt, zusammen mit Protestanten, einen Versuch, zu breiten konsensfähigen Aussagen zu diesem Themenbereich zu kommen.

„Der Wunsch nach einem Kind“ („*Désirer un enfant*“) lautet der Titel einer Studie, mit der sich rund 700 französische Theologen, Mediziner, Vertreter kirchlicher Verbände sowie andere engagierte Christen, darunter auch Protestanten, umfassend zu ethischen Fragen im Zusammenhang mit den modernen Methoden der Reproduktionsbiologie zu Wort gemeldet ha-

ben (als Buch erschienen im Verlag *Centurion*, Paris 1994). Sieben Jahre nach der Veröffentlichung der „Instruktion über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung“ mit den Anfangsworten „*Donum vitae*“ vom 22. Februar 1987 durch die vatikanische Glaubenskongregation (vgl. HK, April 1987, 152, 173 ff.; Mai 1987,